



Präventions  
netzwerk  
gegen religiös  
begründeten  
Extremismus

# **Extremismusprävention – und was sie für Muslime bedeutet**

Ein Diskussionsbeitrag von  
Ramzi Ghandour und Amir Alexander Fahim

ya Muslim Jamaat  
nd KdöR



Türkische Gemeinde in Deutschland  
Almanya Türk Toplumu



IGS  
Islamische Gemeinschaft  
der schiltischen Gemeinden Deut



Bündnis Marokkanische  
Gemeinde Deutschland e.V.  
اتحاد المساجد والمجمعات  
المغربية في ألمانيا

ZMD  
Zentralrat  
der Muslimen  
in Deutschland e.V.

neinden

„Kompeten  
Zielgruppe  
ratur  
grü  
„mus“

ng, engagiert  
extrem kreativ  
Extremi

„Wir wollen  
und könne  
Präv

„Kein R  
für  
Für

prä

lle



Prä

räventionsnetzwerk  
legen religiös begründete

erk  
gründe  
ismus

Extremis

Gefördert vom

im Rahmen des Bundes

en des Bundespro

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokrat

kratie

ismus

ne!

bpb

		<b>Was tun muslimische Organisationen praktisch gegen religiös begründeten Extremismus?</b>	30
		Welche Schwerpunkte setzen muslimische Organisationen in der Prävention von religiös begründetem Extremismus?	31
		Der Verband: Bündnis Marokkanische Gemeinde (BMG)	31
		Der Verband: Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS)	33
		Der Verband: Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)	35
		Der Verband: Ahmadiyya Muslim Jama'at (AMJ)	36
		Der Verband: Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)	38
		<b>Ausblick</b>	42
		<b>Weiterführende Literatur</b>	45
		<b>Impressum</b>	47
<b>Was ist religiös begründeter Extremismus unter Muslimen?</b>	06		
Viele Begriffe. Ein Phänomen?	07		
Was unterscheidet religiös begründeten Extremismus unter Muslimen von anderen Extremismusformen?	08		
<b>Wie kann man präventiv gegen religiös begründeten Extremismus unter Muslimen vorgehen?</b>	14		
Was ist Prävention?	15		
Welche Präventionsansätze gibt es?	17		
<b>Warum sollten sich muslimische Organisationen mit religiös begründetem Extremismus auseinandersetzen?</b>	24		
Inwieweit sind muslimische Gemeinschaften im Alltag mit der Herausforderung des religiös begründeten Extremismus konfrontiert?	25		
Welche Potenziale haben muslimische Gemeinschaften für erfolgreiche Präventionsarbeit?	27		

Was ist

religiös

begründeter

Extremismus

unter

Muslimen?

## Viele Begriffe. Ein Phänomen?

Der Begriff des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen ist erst vor relativ kurzer Zeit in die Fachdebatten eingeführt worden. An prominenter Stelle tauchte er etwa im zweiten Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Präventionsarbeit mit Jugendlichen der Deutschen Islamkonferenz aus dem Jahr 2011 auf. Als Kompromissvorschlag sollte er eine Alternative zum Begriff ›Islamismus‹ bieten, der bis heute von den Sicherheitsbehörden verwendet wird.

Der Zwischenbericht beginnt mit der Feststellung, religiös begründeter Extremismus beschränke sich nicht auf eine bestimmte Religion, dennoch liege der Schwerpunkt der AG explizit auf islamisch begründetem Extremismus. Dies ist von besonderer Relevanz, weil die einfach nachvollziehbare und offensichtliche Feststellung, es gebe religiös begründeten Extremismus auch unter Nicht-Muslimen, einen Paradigmenwechsel in der offiziellen Betrachtung des Problems bedeutet. Anders als beim Islamismusbegriff, der eine Singularität des Phänomens behauptet, bietet das Konzept des religiös begründeten Extremismus die Möglichkeit zur vergleichenden Betrachtung.

Dementsprechend versteht die Deutsche Islamkonferenz unter religiös begründetem Extremismus allgemein jede ›Ideologie, die das Ziel verfolgt, ein religiös legitimes Herrschaftssystem zu errichten, [und] im Widerspruch zur durch das Bundesver-

fassungsgericht spezifizierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes« steht. Laut der Deutschen Islamkonferenz sieht islamisch begründeter Extremismus beziehungsweise religiös begründeter Extremismus unter Muslimen die religiöse und politische Sphäre als Einheit an, seine Anhänger möchten das private wie öffentliche Leben und somit auch die gesamte gesellschaftliche und staatliche Ordnung nach der islamischen Normlehre (Schari'a) umstrukturieren. Hierbei könne die Anwendung von Gewalt, etwa in Form von Terrorismus, eine Rolle spielen. Dies sei jedoch keine notwendige Bedingung, da manche extremistische Gruppen versuchten, das oben beschriebene Ziel durch gesellschaftliche Unterwanderung oder politische Partizipation zu erreichen. Dies bezeichneten die Sicherheitsbehörden mit dem Begriff »legalistischer Islamismus«.

In diesen Ausführungen kann man den Versuch erkennen, eine klare Grenze zwischen Islam als Religion und seiner Instrumentalisierung im Sinne einer politisch-extremistischen Ideologie zu ziehen. Diese Differenzierung vorzunehmen (auch und besonders von den staatlichen Stellen) ist von enormer Wichtigkeit, weil damit mindestens zwei weitere Feststellungen verbunden sind: Erstens steht der Islam, wie er von der großen Mehrheit der Musliminnen und Muslime praktiziert wird, nicht im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zweitens tritt der Begriff »Instrumentalisierung« dem Anspruch extremistischer Bewegungen (sowohl solcher mit (pseudo-) religiöser als auch mit rechter Gesinnung) entgegen, die Anhänger des islamisch begründeten Extremismus seien die Vertreterinnen und Vertreter der reinsten, authentischsten Form des Islam. Um genau diese beiden Punkte dreht sich die Kritik, die gegen Begriffe wie »Islamismus«, »Politischer Islam«, »Islamischer Fundamentalismus« oder auch den relativ neu aufgekommenen Ausdruck »Salafismus« (der sich auf die ersten Muslime – arab.: »al-Salaf« – bezieht) hervor gebracht wird. Der Begriff »religiös begründeter Extremismus« soll als Reaktion auf diese Kritik eine Alternative sein, auch wenn er lang, sperrig und damit sprachlich nicht gerade ideal ist.

## Was unterscheidet religiös begründeten Extremismus unter Muslimen von anderen Extremismusformen?

In der Prävention von religiös begründetem Extremismus engagieren sich mehrere zivilgesellschaftliche Träger, die sich auch der Prävention anderer Extremismusformen widmen. Dies hat einerseits mit dem Selbstverständnis dieser Organisationen zu tun, das demokratische Miteinander zu stärken und zu erhalten und sich so allgemein gegen jede Art von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Andererseits – und dies widerspricht der ersten Motivation nicht – vertreten sie die inhaltliche These, aufgrund der vielen Überschneidungspunkte zwischen unterschiedlichen Extremismen könne man Erkenntnisse aus einem Präventionsfeld auf ein anderes übertragen.

Das wohl stärkste Argument für die These einer strukturellen Ähnlichkeit der Extremismusformen ist jenes der »Bedürfniskongruenz«. Demnach haben alle Menschen neben ihren materiellen auch soziale Bedürfnisse wie Gruppenzugehörigkeit, Lebenssinn, Selbstwirksamkeitserfahrung, Aufmerksamkeit, Sicherheit und Anerkennung. Extremistische Bewegungen setzen meist genau hier an und versuchen, Menschen mit unerfüllten Bedürfnissen durch klare Gruppeneinteilungen (wir/die anderen), einfache und meist binäre Weltbilder (gut/böse) oder aufsehenerregenden Aktionen an sich zu binden. Die Bindung an eine extremistische Bewegung, ob links, rechts oder religiös begründet, hat mit deren inhaltlichen Positionen zunächst oft wenig zu tun, weshalb man auch von »nachträglichen Ideologisierung« spricht. Hierauf baut die Vorstellung auf, dass man es in bestimmten Fällen mit einer »Zufälligkeit des Radikalisierungsweges« zu tun hat. Hiernach sind Radikalisierungen nämlich eher von sogenannten »Gelegenheitsstrukturen«, als von ideologischen oder weltanschaulichen Faktoren abhängig. In anderen Worten: Menschen suchen nach Wegen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Finden sie das

Gesuchte bei einer bestimmten Gruppe und werden von dieser akzeptiert, so werden sie sich der Gruppe anschließen. Dabei ist es zweitrangig, ob diese demokratische Werte, eine religiöse Heilsbotschaft oder eine völkische Ideologie vertritt.

Darüber hinaus ähneln sich auch die Ansprachen und Propagandaformen, die extremistische Bewegungen für die Anwerbung von Sympathisanten oder die Kommunikation mit der Außenwelt verwenden. Dies kann sich auf die Verwendung eines besonders martialischen Gestus, sprachlicher Marker und Codes oder Symboliken beziehen, die nur Eingeweihte erkennen. Auch kann es Parallelen geben, was Organisationsstrukturen und interne Hierarchien betrifft. Hierbei kommt es jedoch auch darauf an, wie viel Unterstützung die jeweilige Bewegung von ihrer sozialen Umgebung erfährt oder wie stark sie staatlichen Repressionen ausgesetzt ist. Dies hat meist direkte Auswirkungen darauf, ob sie öffentlich in Erscheinung tritt oder eher im Verborgenen tätig ist, ob sie als informelles Netzwerk operiert oder als straff geführter Parteiapparat.

Das Erkennen dieser Ähnlichkeiten ist wichtig und kann Wege für eine erfolgreiche und themenübergreifende Präventionsarbeit eröffnen. Dennoch erscheint es sinnvoll, die These von der Vergleichbarkeit von Extremismusformen unter besonderer Berücksichtigung der Merkmale des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen auch einmal kritisch zu hinterfragen. Damit ließen sich Unterschiede herausarbeiten, die man dann wiederum in die praktische Präventionsarbeit einbeziehen könnte und sollte. Der wohl offensichtlichste Unterschied des religiös begründeten Extremismus zu verschiedenen Formen des Links- oder Rechtsextremismus ist dessen metaphysisch-spirituelle Dimension, die sich zum Beispiel in einem starken Jenseitsbezug äußert. Damit ist nicht gesagt, dass sich andere Extremistinnen und Extremisten bei ihren Taten nicht auch auf (pseudo-) religiöse Vorstellungen beziehen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der norwegische Rechtsterrorist Anders Behring Breivik, der sich als Kreuzritter im göttlichen Auftrag verstand. Auch kann man nicht sagen, dass die Anhänger des religiös begründeten Extremismus immer besonders fromme Menschen wären. Der

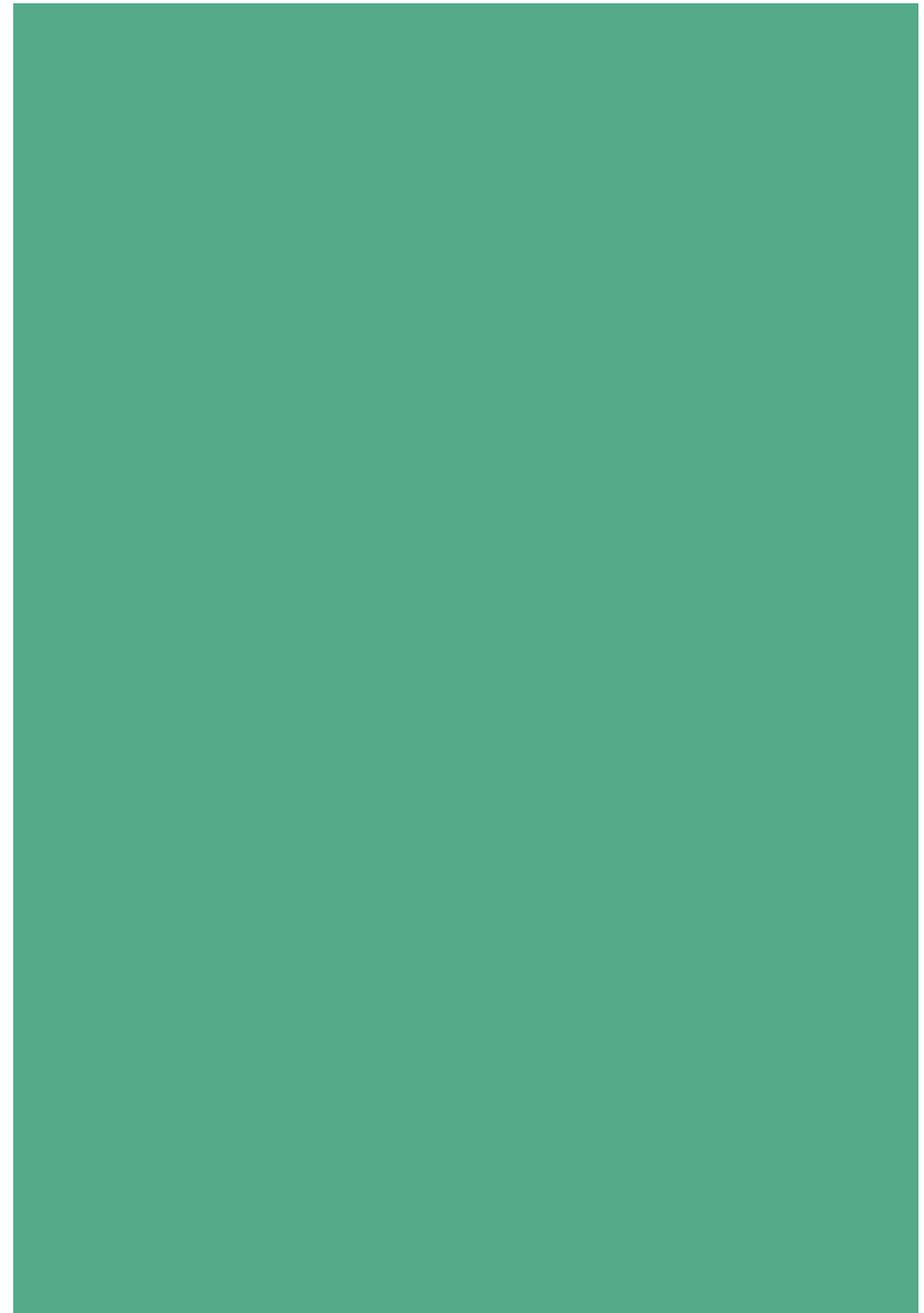
Fall des Drogen und Alkohol konsumierenden Attentäters vom Berliner Weihnachtsmarkt Anis Amri beweist das Gegenteil. Dennoch bildet ein wie auch immer verzerrtes religiöses Weltbild die Argumentationsgrundlage oder den Diskursrahmen für diese Form des Extremismus, was ihn von den vorwiegend diesseitsbezogenen rechts- oder linksextremistischen Gesellschafts- und Zukunftsvisionen unterscheidet.

Ein weiteres Charakteristikum des islamisch begründeten Extremismus ist dessen Universalität oder zumindest universeller Anspruch. So ist er, und dies mag im ersten Moment paradox klingen, für alle Menschen offen. Er propagiert weder den Vorrang einer bestimmten ethnischen Gruppe noch einer spezifischen Kultur, was ihn gerade für entwurzelte oder von Rassismus betroffene Menschen attraktiv macht. Das einzige Kriterium für den Anschluss an die Bewegung liegt stattdessen in der Unterordnung unter deren Ziele und im Kampf gegen ihre Feinde. Damit ähnelt diese Form des Extremismus eher internationalistischen linken Gruppierungen und unterscheidet sich grundlegend von allen völkisch-nationalistischen Ideologien, die sich mit ihrem »Angebot« naturgemäß nur an eine bestimmte, dem »rassischen Ideal entsprechende« Zielgruppe richten. Konkret hat dies zur Folge, dass islamisch begründeter Extremismus keiner spezifischen Bevölkerungs- oder gar Migrantengruppe zurechenbar ist, zumindest wenn es sich nicht um direkte Ableger ausländischer Organisationen handelt. Dabei korrespondiert gerade der verhältnismäßig hohe Anteil von Menschen ohne Migrationshintergrund, die sich diesem Spektrum verbunden fühlen, nicht mit medialen Darstellungen oder politischen Reden und Erklärungen. Diese diskutieren das Phänomen meist im Kontext der Themen Migration und Integration. Das ist in doppelter Hinsicht fatal. Einerseits werden damit real existierende Probleme im Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in die Nähe von politisch motivierter Kriminalität und Gemeinwohlgefährdung gerückt (zu den unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle von Prävention vgl. Kapitel 2.b) und so womöglich noch zugespitzt. Andererseits argumentieren kritische Wissenschaftlerinnen und Wissen-

schaftler, das Problem werde auf diese Art in gewisser Weise externalisiert, sodass Staat und Mehrheitsbevölkerung nicht die Verantwortung übernehmen müssen, sondern sie Minderheiten zuschieben können. Unabhängig davon, ob man dieser Analyse zustimmt oder nicht: Die öffentliche Debatte über religiös begründeten Extremismus unter Muslimen ist deutlich stärker als etwa die Diskurse zu Links- oder Rechtsextremismus von allgemeinen Fragen nach Zugehörigkeit und Fremdheit ganzer Bevölkerungsgruppen geprägt.

Ein weiteres entscheidendes Merkmal des religiös begründeten Extremismus ist im Unterschied zu anderen Extremismusformen dessen globale Ausrichtung. Dieser Aspekt ist teilweise bereits unter dem Stichwort der ›Universalität‹ angesprochen worden, geht jedoch deutlich darüber hinaus. So dienen Ereignisse wie militärische Konflikte, Kriege oder Terroranschläge in anderen Weltregionen einerseits der Mobilisierung eigener Gefolgsleute sowie neuer Anhängerinnen und Anhänger hierzulande. Andererseits konnten sich Freiwillige bis vor wenigen Jahren und ohne größere Schwierigkeiten Kampfhandlungen in eben diesen Krisenregionen anschließen und so an vorderster Front für ihren vermeintlich idealen ›Islamischen Staat‹ kämpfen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass religiös begründeter Extremismus unter Muslimen und andere Extremismusformen einander nur teilweise ähneln. So gibt es neben einigen strukturellen Parallelen durchaus bedeutende Unterschiede und Spezifika. Diese sollte jeder, der sich in diesem Feld bewegt, kennen und in der praktischen Präventionsarbeit berücksichtigen. Dabei ist mit Blick auf das gesellschaftliche Klima in unserem Land besonders von Bedeutung, dass man sich auch mit möglicherweise negativen Folgen von (undifferenzierter) Präventionsarbeit bewusst auseinandersetzt. Hierzu zählt beispielsweise die hohe Stigmatisierungsgefahr für ganze Bevölkerungsgruppen, die entstehen kann, wenn Personen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihres Wohnsitzes in einem unterprivilegierten Sozialraum oder ihrer ethnischen Herkunft als ›radikalisierungsgefährdet‹ eingestuft und zu Objekten von Extremismusprävention erklärt werden.



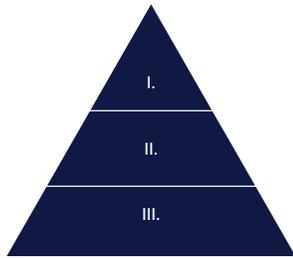
# Wie kann man präventiv gegen religiös begründeten Extremismus unter Muslimen vorgehen?

## Was ist Prävention?

Prävention gibt es in den unterschiedlichsten Bereichen. Unsere Sprache kennt Kariesprävention ebenso wie Hochwasserprävention, Drogenprävention oder eben Extremismusprävention. All diese Spielarten des Begriffs verbindet dabei ihre zukunftsbezogene Zielsetzung. Prävention zielt immer darauf ab, das mögliche Auftreten eines unerwünschten Zustands in der Zukunft durch das Ergreifen von spezifischen Maßnahmen in der Gegenwart zu verlangsamen oder zu verhindern. Prävention basiert also immer auf einer konkreten – durchaus pessimistischen – Vorstellung von der Zukunft. Es geht um das Abwägen von Risiken sowie das Erkennen und Abwehren von Gefahren. Etwas überspitzt könnte man sagen: Wäre die Welt perfekt, brauchte es keine Prävention. Da sie es nicht ist, müssen wir vorbeugen, damit es nicht noch schlimmer wird.

### Fachleute unterscheiden in der Regel drei Arten von Prävention

Anhand eines Dreieckmodells lässt sich diese Klassifizierung grafisch darstellen, wobei der Grad der Zuspitzung des Dreiecks der graduellen Eingrenzung von Zielgruppen beziehungsweise Maßnahmen der Prävention entspricht:



- ▶ **Primärprävention**, also allgemeine Maßnahmen ohne Zielgruppenspezifisierung.
- ▶ **Sekundärprävention**, womit spezifische Maßnahmen für eine besonders gefährdete Risikogruppe gemeint sind.
- ▶ **Tertiärprävention**, was alle Maßnahmen umfasst, die ergriffen werden können, nachdem der unerwünschte Zustand bei einem Individuum bereits aufgetreten ist.

Dieses Modell hat sich in Wissenschaft und Praxis durchgesetzt, da durch die Einteilung nach Zielgruppen und Gefährdungspotenzialen zielgerichtete Strategien entwickelt werden können: Wie lässt sie die ausgemachte Zielgruppe konkret erreichen? Welche thematischen und methodischen Konzepte sollen angewendet werden?

Dennoch weist dieses Modell bei genauerer Betrachtung einige gravierende Unzulänglichkeiten auf. So wird offensichtlich ein lineares Verständnis von Radikalisierungsprozessen (und entsprechend von Präventionsarbeit) zugrunde gelegt. Dies

lässt sich aus empirischer Sicht jedoch nicht halten. Im Gegenteil kann dieses Modell die Singularität konkreter Radikalisierungsprozesse nicht oder nur ungenügend darstellen. Diese verlaufen nämlich selten linear, sondern sind meist durch einen phasenweisen Wechsel von Abwendungs- und Annäherungsbewegungen gekennzeichnet. Die suggerierte Vergleichbarkeit von »Risikopotenzialen« unterschiedlicher Zielgruppen ist mitunter stark durch einen aufgeheizten medialen Diskurs geprägt und nicht selten politisch motiviert. Wenn zum Beispiel Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit pauschal als potenzielle Extremistinnen oder Extremisten adressiert werden, kann dies für die Praxis der Präventionsarbeit zur Folge haben, dass die Wirkung einzelner Maßnahmen unterminiert oder im Extremfall sogar umgekehrt wird. Welche nicht intendierten bis kontraproduktiven Folgen Prävention auf Individuen und die Gesellschaft als Ganzes haben kann, ist bislang nur unzureichend erforscht.

### Welche Präventionsansätze gibt es?

Um eine differenziertere Diskussion über die Prävention von religiös begründetem Extremismus zu erreichen, erscheint es neben der Unterscheidung in Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sinnvoll, sich auch mit spezifischen Präventionsansätzen auseinanderzusetzen. Im Falle des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen etwa lassen sich mindestens vier solcher Ansätze identifizieren, die sich anhand ihrer jeweiligen Ziele unterscheiden lassen:

► **Jugendschutz** umfasst alle Maßnahmen, die dazu dienen, Kinder und Jugendliche, die aufgrund mangelnden Wissens oder Erfahrung nicht in der Lage sind, die Gefahren eigenen oder fremden Handelns abzuschätzen, von diesem Handeln abzuhalten beziehungsweise sie vor dessen Folgen zu schützen.



► **Demokratieschutz** bedeutet einerseits die Abwehr von Gefahren für das Fortbestehen einer offenen und liberalen Bürgergesellschaft, in der sich jeder Mensch frei und ohne Angst vor Diskriminierung entfalten kann. Andererseits bezieht sich dieser Punkt auch auf die Funktionsfähigkeit des demokratisch verfassten Rechtsstaats, der das Mittel ist, mit dem sich dieses Gemeinwesen selbst regiert. Dieser Punkt ließe sich auch mit dem Stichwort der ›streitbaren Demokratie‹ überschreiben.



► **Gefahrenabwehr** hat das Ziel, Ruhe und Ordnung in einem bestimmten Gebiet herzustellen und aufrecht zu erhalten. Es geht also in erster Linie um die körperliche Unversehrtheit der Menschen sowie zweitens um die Durchsetzung und Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols.



► **Religionspflege** ist eine Art Sonderform unter den Präventionsansätzen und würde im Falle anderer Extremismen eher nicht aufgeführt werden. Dennoch ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass religiös begründeter Extremismus gerade (aber nicht nur) für gläubige Menschen und Religionsgemeinschaften auch eine theologische Herausforderung darstellt. So hat präventiv ausgerichtete Religionspflege das Ziel, zu einem spezifischen – von der jeweiligen Gemeinschaft als ›orthodox‹



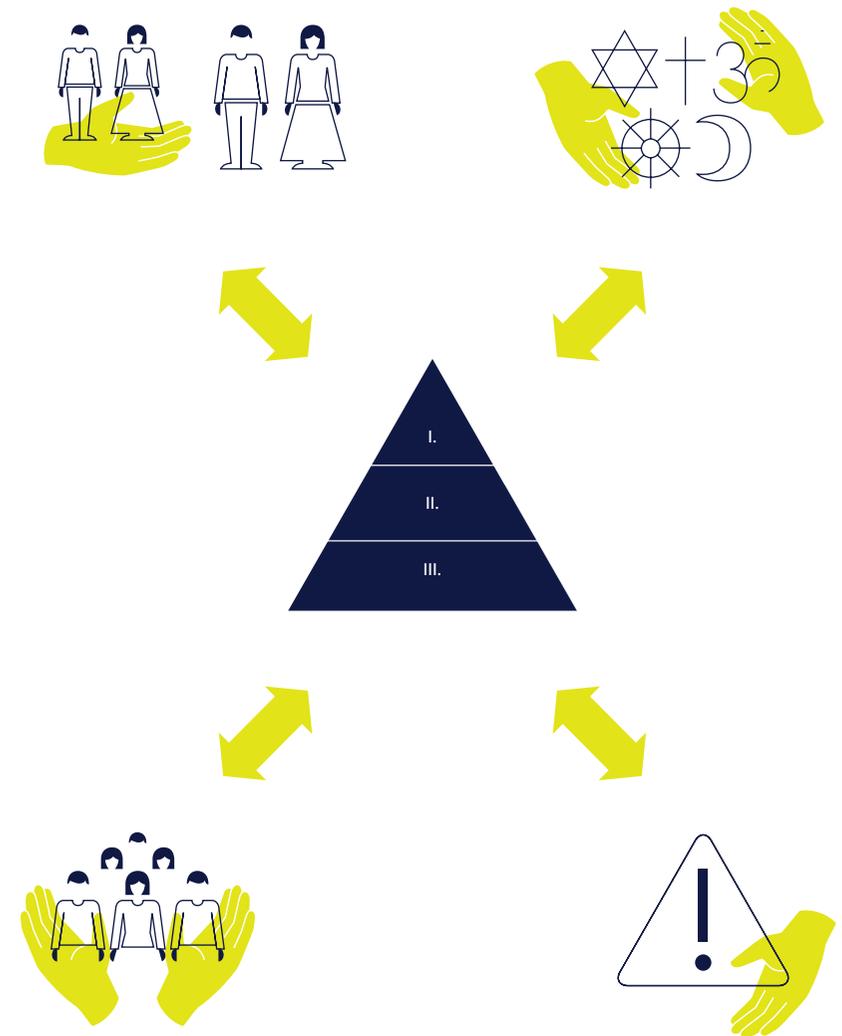
verstandenen – Religionsverständnis aufzurufen, es in Form von Ritualen praktisch zu leben und es an kommende Generationen weiterzugeben. Dies alles ist in dem Sinne ›präventiv‹, als es unter anderem dazu dient, das eigene Religionsverständnis gegenüber den als ›heterodox‹ oder gar ›häretisch‹ betrachteten Bekenntnissen anderer religiöser (darunter auch extremistischer) Strömungen als Norm zu schützen.

Wendet man die oben dargestellte Unterscheidung der verschiedenen Präventionsansätze in Bezug auf das Phänomen des religiös begründeten Extremismus unter Musliminnen und Muslimen an, so wird man feststellen, dass die öffentliche Diskussion über das Thema Prävention vor allem daran krankt, dass Menschen Verschiedenes darunter verstehen. So wird etwa der Ruf ›Mehr Prävention!‹ immer dann laut, wenn es im In- oder Ausland zu Gewaltaktionen terroristischer Gruppen kommt. In diesem Kontext wird Prävention vor allem im Sinne von Gefahrenabwehr verstanden, was sich deutlich an Forderungen nach einer intensiveren Überwachung von so genannten ›Gefährdern‹, dem Abschieben straffällig gewordener Ausländer oder strengeren Waffengesetzen erkennen lässt. Adressat dieser Forderungen ist vor allem der Staat – was nicht weiter überrascht, denn immerhin stellt Terrorismus immer auch das staatliche Gewaltmonopol infrage. Dennoch wird im Zuge solcher Ereignisse auch an die Zivilgesellschaft (vor allem, aber nicht nur von den Sicherheitsbehörden) die Erwartung herangetragen, bei dieser Art von Prävention mitzuwirken.

Im Gegensatz dazu verfolgen die meisten Projekte zivilgesellschaftlicher Träger Präventionsansätze, die man als Formen des Jugend- oder des Demokratieschutzes bezeichnen kann. Klassischerweise gehören hierzu alle Arten von Bildungs- und Aufklärungsformaten ebenso wie die Arbeit mit sogenannten ›Counter-Narratives‹ (Gegenerzählungen) als Reaktion auf extremistische Propaganda. Trotz einer gewissen Überlappung unterscheiden sich Jugend- und Demokratieschutz mindestens in zweierlei Hinsicht deutlich voneinander: So ist Jugendschutz immer vor allem darauf ausgerichtet, ein einzelnes Individuum in seinen spezifischen Lebensumständen in den Blick zu nehmen und es nach Möglichkeit vor den Risiken zu bewahren, die ihm beim Heranwachsen mit einiger Wahrscheinlichkeit begegnen werden. Diese Perspektive setzt eine grundsätzlich positive Haltung und Zugewandtheit der in der Prävention Tätigen gegenüber den jugendlichen Klientinnen und Klienten voraus. Im Zentrum der Arbeit stehen oftmals vor allem Beziehungsaufbau, Beratung, Begleitung, Aufklärung, aber auch die Abschirmung von negativen Einflüssen.

Demgegenüber zielen Maßnahmen des Demokratieschutzes in deutlich geringerem Maße auf die spezifischen Lebensumstände von Individuen, sondern vielmehr auf (als problematisch ausgemachte) politische Einstellungen. Hier geht es vor allem um politische Bildung und Demokratieerziehung, wobei im Extremfall auch der aktive Ausschluss extremistischer Positionen aus dem politischen Diskurs vorangetrieben werden kann, etwa durch Parteien- oder Vereinsverbote sowie verschiedene Formen der Zensur.

Ein offensichtlicher und dennoch leicht zu übersehender Unterschied zwischen diesen beiden Ansätzen liegt in der Zielgruppe. Maßnahmen des Jugendschutzes richten sich vor allem an Minderjährige, die die Folgen ihres Handelns für sich und andere nicht abschätzen können. Im Gegensatz dazu richtet sich Demokratieschutz an alle Menschen unabhängig von Alter und Geschlecht. Dies ist wichtig zu betonen, da Jugendschutz auch Einschränkungen der Informationsfreiheit oder des Selbstbestimmungsrechts zur Folge haben kann, was schon allein aus



gesetzlichen Gründen bei Erwachsenen nicht im selben Umfang praktiziert werden darf. Andererseits spielen beim Demokratieschutz Fürsorgepflichten eine deutlich untergeordnete Rolle. Der Katalog der repressiven Maßnahmen ist entsprechend größer.

Wie bereits erwähnt, nimmt Religionspflege als Präventionsansatz eine Sonderstellung ein. Man könnte darüber streiten, ob sie überhaupt als solcher klassifiziert werden kann. Dies liegt einerseits daran, dass Religionspflege im Gegensatz zu den anderen drei Präventionsansätzen nicht in den Zuständigkeitsbereich des säkularen und bekenntnisneutralen Rechtsstaates fällt. So darf der Staat laut Grundgesetz einzelne religiöse Gemeinschaften oder Kirchen weder bevorzugen noch benachteiligen. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die Freiheit, ohne ein solches zu leben, stehen hingegen ganz allgemein unter seinem Schutz. Andererseits hat Religionspflege im Unterschied zur Gefahrenabwehr, zum Jugend- und Demokratieschutz immer eine metaphysische (also überirdische) und eine weltliche Dimension. Religion begründet sich zwar durch den Bezug auf etwas die materielle Welt überragendes, doch sind die Handlungen, Rituale, Lebensweisen und Moralvorstellungen ihrer Anhänger in der materiellen Welt sichtbar und spürbar. Religiös motiviertes politisches Engagement ist insofern nichts Ungewöhnliches und kann sich etwa in der Unterstützung karitativer Einrichtungen oder Parteien mit religiösem Wertefundament äußern.

Der religiös begründete Wunsch nach Weltverbesserung kann sich aber im Extremfall bis hin zum offenen Kampf gegen jede als ›nicht gottgewollt‹ wahrgenommene Ordnung zuspitzen. Dies wird am Beispiel des religiös begründeten Extremismus besonders deutlich, da dieser explizit und zum Teil unter Anwendung von Gewalt auf eine massive Veränderung der irdischen Verhältnisse abzielt und dies mit Verweis auf heilige Schriften rechtfertigt. An dieser Stelle wird die Diskussion aber theologisch und berührt die Grundfesten der religiösen Weltdeutungssysteme. So geht es um Fragen von ›richtig‹ und ›falsch‹, um ›Wahrheit‹ und ›Glaube‹, also letztlich um nichts Geringeres als die normative Auslegung religiöser Inhalte, was man unter ›Orthodoxie‹ zusammenfassen kann.

Solche Diskussionen werden vor allem innerhalb religiöser Gemeinschaften (Innendiskurs) und mit Bezug auf die für die jeweilige Gemeinschaft maßgebenden Autoritäten geführt, wie als heilig erachtete Texte, Personen oder Rituale. Menschen, die sich nicht an solche Autoritäten gebunden fühlen oder von der Gemeinschaft nicht als Mitglieder angesehen werden, also Außenstehende, können auf diese Innendiskurse nur begrenzt Einfluss nehmen. Überträgt man das Gesagte auf das Thema des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen, wird man zwei Dinge sehen: Mit seinem Anspruch auf Eindeutigkeit und uneingeschränkte Dominanz stellt er zum einen eine politische-ideologische Herausforderung dar, was ihn etwa mit Links- oder Rechtsextremismus vergleichbar macht. Zum anderen steht er auch in Opposition zu traditionellen Formen islamischer Religiosität, weil er aus dieser Perspektive eine radikale Abweichung von der überlieferten Lehre des Islam und einen Bruch mit der islamischen Geistes-tradition darstellt. Die theologische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen kann also als Prävention begriffen werden, weil sie den absoluten Wahrheitsanspruch dieser extremistischen Lehren infrage stellt und alternative Deutungsmöglichkeiten (religiöser oder nicht-religiöser Natur) aufzeigt. In Bezug auf praktische Präventionsarbeit in Deutschland ist jedoch eine Herangehensweise, die auf rein theologische Zugänge setzt, aufgrund der Heterogenität von Ursachen, Kontexten und Treibkräften in einem Radikalisierungsprozess in den meisten Fällen wohl als ungenügend zu bezeichnen. Als Parallele hierzu lohnt ein Blick auf die Arbeit von Sektenberatungsstellen, die über viel Erfahrung mit religiös auftretender Manipulation und Vereinnahmung haben.

# Warum sollten sich muslimische Organisationen mit religiös begründetem Extremismus auseinandersetzen?

Inwieweit sind muslimische Gemeinschaften im Alltag mit der Herausforderung des religiös begründeten Extremismus konfrontiert?

Wie bereits dargestellt (vgl. Was unterscheidet religiös begründeten Extremismus unter Muslimen von anderen Extremismusformen? S. 09), ist religiös begründeter Extremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, dessen Lösung nicht einseitig einer bestimmten Religionsgemeinschaft oder Bevölkerungsgruppe angelastet werden darf. Dennoch erleben muslimische Gemeinschaften, dass an sie die Erwartung herangetragen wird, sich im Bereich der Prävention zu engagieren. Diese Erwartung zeugt einerseits davon, dass islamisch begründeter Extremismus noch immer vor allem als ›muslimisches Problem‹ wahrgenommen wird, um das sich auch nur ›die Muslime‹ zu kümmern haben. Andererseits könnte man hierin auch den produktiven Wunsch sehen, dass sich Menschen mit besseren Zugängen und fachlicher (in diesem Fall religiöser) Expertise des Problems annehmen sollten.

Trotz des öffentlichen Fokus auf den religiös begründeten Extremismus haben die meisten Musliminnen und Muslime in ihrem Alltag nur sehr selten persönlich Kontakt mit radikalisierten Personen. So folgen beispielsweise viele Moscheen der Strategie, suspekte oder bereits radikalisierte Personen auszuschließen und mit Hausverboten zu belegen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, Extremistinnen oder Extremisten zu beherbergen oder zu unterstützen. Einer nachhaltigen Infil-

tration von Gemeinden, wie dies vor einigen Jahren mancherorts passierte, wird so frühzeitig ein Riegel vorgeschoben. Einige Verbände versuchen zudem, das Phänomen vereinsrechtlich anzugehen, indem sich die eigenen Moscheevereine etwa in ihren Satzungen auf die Traditionen einer bestimmten Rechtsschule verpflichten. Damit soll einer etwaigen salafistisch geprägten Ideologisierung Einhalt geboten werden.

Ein gänzlich anderes Bild liefert jedoch das Internet und dort vor allem die sozialen Netzwerke und einschlägigen Videoplattformen, wo man noch immer eine Überpräsenz extremistischer Ansprachen und Propaganda findet. Im Netz wird gerade bei Jugendlichen und Kindern aus muslimischen beziehungsweise migrantischen Familien, die selbst oft direkt von Rassismus und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, für die menschen- und demokratiefeindlichen Ideen des religiös begründeten Extremismus geworben und zum Teil unverhohlen zur Gewalt gegen Andersdenkende und -gläubige aufgerufen. Verknüpft sind diese Botschaften oft mit tatsächlicher religiöser Unterweisung oder Antworten auf lebensrelevante Fragen junger Musliminnen und Muslime in Deutschland. Die meist jugendorientierte Aufmachung dieser Botschaften macht die Attraktivität, aber auch die Gefahr für religiös interessierte Menschen aus, die im Internet auf der Suche nach niedrigschwelliger, deutschsprachiger religiöser Bildung sind.

Laut Ansicht vieler Expertinnen und Experten sind hier zum einen repressive Maßnahmen gefragt, etwa in Form des Verbots bestimmter Internetseiten oder der Sperrung extremistischer Meinungsmacherinnen und -macher in sozialen Netzwerken. Zum anderen ist auch die Schaffung von Alternativen und Gegenarrativen notwendig. Gerade Letzteres ist zunehmend Bestandteil staatlich geförderter Präventionsprojekte und wissenschaftlicher Studien, deren positive Wirkung allerdings immer öfter bezweifelt wird.

## Welche Potenziale haben muslimische Gemeinschaften für erfolgreiche Präventionsarbeit?

Hier und an anderer Stelle wurden die Potenziale muslimischer Organisationen betont, besonders erfolgreiche Prävention von religiös begründetem Extremismus betreiben zu können. Doch was genau ist damit gemeint? Wie soll sich die Arbeit eines Trägers mit religiösem Selbstverständnis praktisch von der eines Trägers mit säkularer Ausrichtung unterscheiden?

Präventionsarbeit ist ein kompliziertes Unterfangen und setzt neben umfangreichem Hintergrundwissen über den Arbeitskontext vor allem ein hohes Maß an sozialen und meist auch pädagogischen Kompetenzen voraus. Verfügen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Präventionsprojekts nicht über diese Fähigkeiten, wird der Erfolg mit hoher Wahrscheinlichkeit ausbleiben. Das Selbstverständnis des Trägers ist in diesem Fall also irrelevant.

Dennoch haben muslimische Träger spezifische Potenziale, von denen sie in ihrer Präventionsarbeit profitieren können. Der erste Vorteil ist die Vorsensibilisierung. Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter von Organisationen, die in einem gesellschaftlichen Kontext operieren, wo Musliminnen und Muslime manchmal negative Erfahrungen machen und zum Teil starken Diskriminierungen ausgesetzt sind, kennen viele Frustrationsmomente aus eigenem Erleben. Sie können nachvollziehen, was junge Menschen in die Arme von Extremisten treibt. Auch sind Menschen, die im Umfeld islamischen Gemeindelebens sozialisiert wurden, oft vertraut mit den innermuslimischen Diskursen. Sie

sprechen die Sprache und kennen die sozialen Mechanismen und Codes, deren sich zum Teil auch Extremistinnen und Extremisten bedienen.

Ein anderer Vorteil der Präventionsarbeit von muslimischen Verbänden liegt in deren Zugängen zu Personenkreisen, die sonst nur schwer oder gar nicht von staatlichen Regelstrukturen oder anderen Trägern erreicht werden können. Diese bessere Zielgruppenerreichung bezieht sich zwar nicht per se auf bereits radikalisierte Personen, denn diese halten sich im Regelfall in eigenen, geschlossenen Moscheegemeinden auf, die nicht verbandlich organisiert sind. Moscheen oder Gebetsräume werden aber durchaus von Personen aufgesucht, die sich von bestehenden Hilfs- und Beratungsangeboten nicht angesprochen fühlen oder keine Kenntnis von diesen Angeboten haben, wenn sie selbst oder ihr Umfeld mit religiös begründetem Extremismus in Berührung kommen. Zur erhöhten Chance auf Zielgruppenerreichung trägt auch bei, dass viele muslimische Verbände dezentral organisiert sind. Sie haben überall dort Mitgliedsvereine, wo es eine signifikante Nachfrage nach islamischen Gebetsorten und Gemeindeleben gibt.

Ein letzter Aspekt betrifft den Glaubwürdigkeitsvorsprung von Moscheevereinen gegenüber anderen Einrichtungen. Trotz aller mitunter berechtigten Kritik an der muslimischen Selbstorganisation oder der Führung vieler Vereine und Verbände kann man davon ausgehen, dass viele muslimische Familien die Moschee als vertrauenswürdige Einrichtung ansehen. Im Moment aber erwarten viele Familien Verständnis und Unterstützung im Umgang mit Problemen und Sorgen und erfahren sie im Normalfall auch von den Gemeindemitgliedern. Für die Prävention von religiös begründetem Extremismus kann dieses soziale Netz eine wichtige Ressource sein. Natürlich gilt, dass Prävention die Aufgabe von dazu qualifizierten Personen sein muss. Sie kann und sollte nicht etwa von einem ehrenamtlichen Gemeindevorstand oder einem Imam allein geleistet werden.



# Was tun muslimische Organisationen praktisch gegen religiös begründeten Extremismus?

Welche Schwerpunkte setzen muslimische Organisationen in der Prävention von religiös begründetem Extremismus?

## **Bündnis Marokkanische Gemeinde (BMG)**

Das Bündnis Marokkanische Gemeinde (BMG) wurde erst im Jahr 2016 gegründet und ist somit der jüngste islamische Dachverband in Deutschland. Nach eigenen Angaben steckte hinter dieser Neugründung die Idee, dass muslimische Organisationen sich stärker als bisher auch als zivilgesellschaftliche Akteure begreifen und so Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt übernehmen sollten. Zugleich stehen natürlich die Pflege der religiösen Traditionen der marokkanisch-stämmigen muslimischen Bevölkerung sowie die Vertretung ihrer Interessen in den verschiedenen Ländern und auf Bundesebene im Mittelpunkt der Arbeit. Derzeit vertritt der BMG allein in Nordrhein-Westfalen circa 45 Moscheegemeinden und Vereine. Andere Landesverbände sollen in nächster Zeit in Hessen, Berlin und Niedersachsen entstehen.

Das Bündnis Marokkanische Gemeinde e.V. steht in der malikitisch-sunnitischen Tradition der Maghreb-Region. Damit positioniert es sich explizit gegen jede Form eines neo-salafistisch inspirierten oder extremistischen Islamverständnisses und gibt der Mehrheit der Muslime maghrebischer oder westafrikanischer Herkunft, die sich diesem malikitisch-sunnitischen Islam zugehörig fühlen, eine religiöse Heimat.



**MANAR -**  
aus Tradition tolerant

### **Das Projekt: MANAR – aus Tradition tolerant**

Im Modellprojekt ›MANAR – aus Tradition tolerant‹ sollen mithilfe von Selbstaktivierung und Empowerment in konfliktbelasteten Sozialräumen Fortbildungsansätze und Wissensvermittlung zu Präventionsstrategien gegen religiös begründeten Extremismus unter Muslimen und Demokratiefeindlichkeit entwickelt werden.

Vorbildhaft für den Projektansatz waren Erfahrungen anderer Träger, wie Sportvereinen oder Jugendorganisationen, die neben ihrer jeweiligen Kerntätigkeit auch Strukturen zur Prävention von sexualisierter Gewalt oder Drogenmissbrauch aufgebaut haben. Diesem Ansatz entsprechend, der klar dem Bereich Jugendschutz zugeordnet werden kann, zielt das Projekt darauf ab, eine verbandsinterne Struktur von Präventionsbeauftragten aufzubauen. Diese sollen als kompetente Ansprechpartner, -partnerinnen und Vertrauenspersonen für alle Fragen zu diesem Thema Gemeindemitgliedern, aber auch Vorständen und externen Fachleuten zur Verfügung stehen. Dies schafft einerseits ein Bewusstsein für das Thema in allen Gemeindegliederungen, ohne den ganzen Alltag zu dominieren. Andererseits zeigt es, dass der Verband das Problem des religiös begründeten Extremismus ernst nimmt und hinter den Bemühungen der Präventionsbeauftragten steht. Diese bekommen durch das Projekt wiederum die Möglichkeit, sich über Gemeindegrenzen hinaus auszutauschen und zu lokalen Präventionsakteuren zu werden. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn des Projekts eine sogenannte ›Kontaktgruppe Präventionsarbeit‹ gegründet, die sich seither unter anderem dem Aufbau von Netzwerkstrukturen mit Behörden und zivilgesellschaftlichen sowie kirchlichen Trägern auf kommunaler Ebene widmet.

Langfristiges Ziel ist es, einen Bewusstseinswandel in den beteiligten Moscheegemeinden zu erreichen. Es geht darum, de-

ren Mitglieder darin zu befähigen, mittel- bis langfristig selbst zu gestaltenden Akteuren in der Radikalisierungsprävention zu werden. Durch die gezielte Einbindung, Qualifizierung und Vernetzung von Imamen und Gemeindemultiplikatoren, vertreten in der Kontaktgruppe Präventionsarbeit, sollen die internen Dynamiken der beteiligten Moscheen so beeinflusst werden, dass eine angstfreie und konstruktive Beschäftigung mit dem Thema religiös begründeter Extremismus möglich wird.

Das Projekt ›MANAR – aus Tradition tolerant‹ entstand im Kontext der Zusammenarbeit im Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms ›Demokratie leben!‹ sowie des Conseil de la Communauté Marocaine à l'Étranger finanziert.

### **Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS)**

Die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. (IGS) wurde im März des Jahres 2009 gegründet und vertritt circa 150 Moscheegemeinden mit schiitischem Bekenntnis. Ihre Mitgliederstruktur umfasst in der Hauptsache schiitische Personen mit türkischen, afghanischen, iranischen, libanesischen, irakischen und pakistanischen Wurzeln. Hauptsitz der Organisation ist Berlin. Seit 2014 gehört die IGS zu den in der Deutschen Islamkonferenz vertretenen Islamischen Dachverbänden. Darüber hinaus gehört sie dem Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus an. Die IGS versteht sich als Dachverband und Interessenvertretung der (zwölf-) schiitischen Gemeinden in Deutschland. Laut eigenen Angaben hat sich der Verband zum Ziel gesetzt, die Vernetzung schiitischer Gemeinden untereinander und mit der breiteren Öffentlichkeit anzustoßen. Als Ansprechpartner für Politik und Öffentlichkeit versucht die IGS, Bewusstsein für die spezifischen Belange und Bedarfe von in Deutschland lebenden Schiitinnen und Schiiten zu schaffen.



### Das Projekt: Extrem engagiert!

Im Rahmen einzelner Workshops und Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie einer regelmäßig stattfindenden Schreibwerkstatt will das Projekt ›Extrem engagiert!‹ muslimische Jugendliche und Heranwachsende über extremistische und islamfeindliche Propaganda aufklären und entsprechende Handlungsoptionen vermitteln. Die Teilnehmenden der Schreibwerkstatt sollen lernen, polarisierende, aufhetzende oder manipulierende Medieninhalte zu identifizieren, und sich mit Möglichkeiten auseinandersetzen, konstruktiv auf diese zu reagieren. Zudem sollen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dabei unterstützt werden, professionelle präventive Jugendarbeit durch unterschiedliche Ansätze in ihren Moscheegemeinden voranzubringen, und schließlich eigene, aus den lokalen Ressourcen schöpfende Projekte entwickeln.

Beide Handlungsfelder sind so konzipiert, dass die qualitative Fortbildung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die nachhaltige Wirkung des Projektes im Vordergrund stehen. Durch die Verbindung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den zuvor erwähnten Themen und der Vermittlung von organisatorischem Know-How können beide Gruppen das Projekt nachhaltig und praktisch mitentwickeln. Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Projekt sollen über die Teilnahme an Fachtagungen sowie Publikationen auf Bundes- und EU-Ebene diskutiert und öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Bildungsmaßnahmen werden über zwei Jahre hinweg angeboten und sollen den Teilnehmenden Kompetenzen vermitteln, die ihnen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs zu den Themen religiös begründeter Extremismus unter Muslimen und Islamfeindlichkeit ermöglichen.

Das Projekt ›Extrem engagiert!‹ entstand im Kontext der Zusammenarbeit im ›Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus‹ und wird aus Mitteln des Fonds für die

Innere Sicherheit der Europäischen Union sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms ›Demokratie leben!‹ gefördert.

### Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ist eine überkonfessionelle und multiethnische islamische Religionsgemeinschaft, die derzeit 35 muslimische Organisationen und 300 Moscheegemeinden vereint. Der ZMD engagiert sich seit Jahren in mehreren Projekten zu unterschiedlichen gesellschaftlich relevanten Themen und ist daher seit langem Kooperationspartner verschiedenster staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der Verband ist unter anderem in der Deutschen Islamkonferenz, dem Koordinationsrat der Muslime und dem nordrhein-westfälischen Dialog Forum Islam vertreten. Er bietet über die Internetseiten islam.de und zentralrat.de vielfältige Informationen zu islambezogenen Themen und muslimischem Leben in deutscher Sprache an. Seit 2015 beteiligt sich der ZMD am Projekt ›Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus‹ und setzt damit gemeinsam mit drei anderen islamischen Dachverbänden sowie der Türkischen Gemeinde in Deutschland und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie ein Zeichen gegen Radikalismus und Menschenfeindlichkeit.



### Das Projekt: 5hoch4 – Jugendclub im Netz

›5hoch4 – Jugendclub im Netz‹ ist eine jugendgerechte Internetplattform, die von qualifizierten und thematisch besonders geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZMD betreut wird. Sie widmet sich dem Thema des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen auf niedrigschwellige Weise und versucht so, besonders auch Jugendliche zu erreichen, die sonst eher durch das Netz des Jugendhilfesystems fallen würden. Ent-

sprechend ist die Plattform ganz nach dem Prinzip »Jugendliche arbeiten für Jugendliche« gestaltet und online verwaltet. Die primäre Zielgruppe des Projektes sind vor allem junge Musliminnen und Muslime, doch stehen die Angebote allen Jugendlichen, aber auch interessierten Erwachsenen offen. Der Fokus des Portals liegt vor allem auf den sozialen Medien, vordergründig auf Facebook, Instagram und YouTube. Das Onlineangebot beinhaltet aber auch eine eigene Homepage, die mit den genannten sozialen Medien verzahnt ist und die aktuellen Inhalte, Videos und Posts teilt und veröffentlicht. Die Online-Inhalte werden in themenbezogenen Workshops von Jugendlichen selbst erarbeitet, dokumentiert und ausgewertet. Zusätzlich werden in regelmäßigen Abständen jugendgerechte Videointerviews zum Thema Prävention mit Personen aus der Zielgruppe, aber auch mit Experten, Youtubern, Wissenschaftlern, Geistlichen und anderen in der Öffentlichkeit stehenden Menschen durchgeführt. Diese werden dann wieder online gestellt und können über die verschiedenen Portale aufgerufen werden. Ziel des Projektes ist vor allem die Vermittlung von Medienkompetenz, Empowerment der Zielgruppe sowie die Bereitstellung von identitätsstiftenden und präventiven Inhalten durch Videointerviews und Workshops.

Das Projekt »5hoch4« entstand im Kontext der Zusammenarbeit im »Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus« und wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« finanziert.

### Ahmadiyya Muslim Jama'at (AMJ)

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) wurde 1889 im heute zu Indien gehörenden Teil des Punjab gegründet und vereint gegenwärtig mehrere zehn Millionen Mitglieder in über 204 Ländern weltweit.

In Deutschland ist die AMJ mit ihren circa 45 000 aktiven Mitgliedern eine der größten Gemeinden unter den organisierten Muslimen. Sie unterhält deutschlandweit über 50 Moscheen mit

Minarett und Kuppel, hat etwa 225 lokale Gemeinden und betreibt einen Fernsehsender und einen Verlag. 2013 konnte sich die AMJ als erste islamische Gemeinde in Deutschland als Körperschaft des öffentlichen Rechts qualifizieren. Seit 2013 bietet sie als Partnerin des Landes Hessen den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht im Sinne von Art. 7 III GG an Grundschulen an. Seit 2014 nimmt die AMJ an der vom Bundesinnenministerium einberufenen Deutschen Islamkonferenz teil.

### Das Projekt: Argumentationstraining gegen religiös begründeten Extremismus

Im Rahmen des »Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus« sammelte die AMJ bereits erste Erfahrungen in der Entwicklung eines Argumentationstrainings gegen religiös begründeten Extremismus. Als Zielgruppen wurden Imame sowie Jugendleiterinnen und -leiter aus den Gemeinden der AMJ ausgemacht, die nach ihrer Teilnahme die Erkenntnisse und Methoden in ihrem Wirkungskreis als Multiplikatoren verbreiten sollen.

In den Argumentationstrainings soll vermittelt werden, wie man handeln kann, wenn man mit extremistischen Anfeindungen oder unwahren Tatsachenbehauptungen konfrontiert wird. Hierbei stehen theologische Argumentationen nicht so sehr im Mittelpunkt, vielmehr geht es um die Befähigung, einen eigenen Standpunkt entwickeln und vertreten zu können. Daneben sollen reflektierende Fragetechniken vermittelt werden, die geeignet sind, Irritationen bei der Gegenseite oder auch bei Dritten hervorzurufen und sie zum Nachdenken über die geäußerten extremistischen Parolen anzuregen.

Derzeit bemüht sich die AMJ um Fördermittel, um das Argumentationstraining gegen religiös begründeten Extremismus konzeptionell ausarbeiten und als festen Bestandteil des Präventionskonzeptes der AMJ nachhaltig in den verbandlichen Strukturen verankern zu können.

## Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) wurde 1995 als Interessenvertretung für in Deutschland lebende türkeistämmige Menschen gegründet. Als weltanschaulich neutraler Verein vertritt die TGD Individuen einer Bevölkerungsgruppe, die – unabhängig von ihren tatsächlichen ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten – unmittelbar von den aktuellen Debatten um die Themen Islam und religiös begründeter Extremismus betroffen sind. Seit jeher engagiert sich die TGD entschieden gegen jede Form des Extremismus und der gesellschaftlichen Polarisierung.

Als Unterstützerin migrantischer – sowie im Rahmen des Präventionsnetzwerks auch muslimischer – Organisationen setzt sich die TGD zudem für die Interessen und die gesellschaftliche sowie politische Teilhabe marginalisierter Menschen ein. Ihr Ziel ist eine lebendige Migrationsgesellschaft, in der Vielfalt gelebt wird und die in Institutionen, Politik und Medien sichtbar repräsentiert ist. Sowohl der Bundesverband als auch einige Mitgliedsverbände haben umfangreiche praktische Erfahrungen in der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus.



### Das Projekt: emel

#### Online-Beratung zu religiös begründeten Extremismus

Im Rahmen von Konsultationen mit etablierten Trägern aus dem Beratungskontext und im Besonderen mit dem Kooperationspartner Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entstand die Idee, die Erfahrungen der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus gezielt für das Phänomen des religiös begründeten Extremismus nutzbar zu machen. Die TGD entschloss sich also, eine Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus (Laufzeit Oktober 2017 bis Dezember 2019) als zukunftsweisende und besonders niedrigschwellige sowie kultur- und religions-

sensible Ergänzung zur bestehenden Beratungslandschaft ins Leben zu rufen.

Hierfür wird eine themenspezifische Online-Beratung aufgebaut, die individuelle und zielgruppengerechte Beratungsleistungen vornimmt und sowohl methodisch als auch fachlich nach den neuesten wissenschaftlichen Qualitätsstandards arbeitet. Ein derartiges Angebot ist trotz des hohen Nutzeraufkommens im Internet und der breiten Wirkung von Internetangeboten bislang europaweit einmalig. Die Online-Beratung wird daher eine zukunftsweisende Ergänzung der bestehenden Beratungslandschaft darstellen. Zielgruppe der Online-Beratung werden türkei-, arabisch- und deutschstämmige Eltern und Erziehungsberechtigte sein. Darüber hinaus wird die Online-Beratung auch allgemeinen und zielgruppenunspezifischen Anfragen zur Verfügung stehen, etwa von Familienangehörigen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Beratungsstellen, Medien, Betrieben und Behörden. Die Beratung erfolgt anonym, vertraulich und kostenlos.

Das Projekt ›Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus‹ entstand im Kontext der Zusammenarbeit im ›Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus‹ und wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms ›Demokratie leben!‹ finanziert.



## Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

Das Präventionsnetzwerk ist eine Initiative von religiösen wie nicht religiösen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen religiös begründeten Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung engagieren.

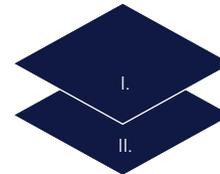
Innerhalb von fünf Jahren soll ein professionelles, bundesweit agierendes Netzwerk gegen religiös begründeten Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung entstehen. Ziel ist es, islamische Dachverbände als Träger der Präventionsarbeit zu befähigen und damit die Auseinandersetzung mit Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit um entscheidende Perspektiven und zielgruppenorientierte Beratungsangebote zu bereichern. Das Engagement des Netzwerks erfolgt unter Berücksichtigung der vielfältigen Gemeindestrukturen und muslimischen Lebensrealitäten in Deutschland. Ein vergleichbares Netzwerk hat es in Deutschland bisher nicht gegeben.

### Die Arbeit des Präventionsnetzwerks findet auf zwei Ebenen statt:

**Ebene I ► Praktische Projektumsetzung** Leitendes Prinzip der Projektarbeit ist der partizipative Ansatz mit dem Ziel der Ausbildung, Begleitung und Befähigung eines Netzwerkes hauptamtlicher Präventionsbeauftragter in islamischen Dachverbänden. In der ersten Projektphase haben die teilnehmenden Organisationen verbandsspezifische Präventionskonzepte entwickelt.

Mittlerweile setzen die meisten der Verbände diese Konzepte in Form von staatlich geförderten Modellprojekten um. Dabei arbeiten sie selbstständig und eigenverantwortlich. Gleichzeitig wird durch die Netzwerkkoordination eine methodische wie inhaltliche Begleitung angeboten.

**Ebene II ► Netzwerkarbeit** In regelmäßigen Netzwerktreffen ist Raum zur Erarbeitung verbandsübergreifender Positionen im Themenfeld sowie für den allgemeinen Erfahrungsaustausch in Bezug auf die praktische Projektumsetzung. In diesem Rahmen findet auch ein fachlicher Austausch zur Vermittlung und Diskussion von wissenschaftlichen Studien, methodischen Qualitätsstandards und strukturellen Fragen statt. Das Netzwerk arbeitet eng mit etablierten Trägern der Präventionsarbeit zusammen.



### Die am Netzwerk beteiligten Verbände

**Ahmadiyya Muslim Jama'at KdöR**

**Bündnis Marokkanische Gemeinde e.V.**

-Landesverband Nordrhein-Westfalen

**Islamische Gemeinschaft**

**der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V.**

**Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.**

**Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.**

Das Netzwerk wird von der Türkischen Gemeinde in Deutschland in Kooperation mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. koordiniert.

Laufzeit der Projekte: 2015 bis 2019

Weitere Informationen unter : [praeventionsnetzwerk.org](http://praeventionsnetzwerk.org)

Des Weiteren verweisen auf eine weitere Publikation des Netzwerks mit dem Titel »Extremismusprävention - Wie zusammen? Wie weiter?« in der die Hintergründe der Projektidee und –Umsetzung detailliert beschrieben werden (zu finden auf der Homepage des Präventionsnetzwerks).

Die Präventionsarbeit im Themenbereich des religiös begründeten Extremismus ist in Deutschland aufgrund der hohen Komplexität des Phänomens durch eine große Heterogenität an Ansätzen, Methoden und Zielsetzungen geprägt. Neben Sicherheitsbehörden und anderen staatlichen Institutionen betätigt sich auch eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Akteuren im Themenfeld, die zum Teil aus ganz unterschiedlichen Disziplinen mit unterschiedlichen Selbstverständnissen kommen.

Vor dem Hintergrund, der hohen Individualität von Radikalisierungsprozessen, etwa in Bezug auf Ursachen, Motivlagen und biographischen Konstellationen, ist diese Vielfalt an Akteuren und Ansätzen in der Präventionsarbeit grundsätzlich sinnvoll und begrüßenswert.

Dennoch muss klar sein, dass Präventionsarbeit allein kein Allheilmittel für soziale oder politische Herausforderungen darstellt. Wie bereits dargestellt birgt eine undifferenzierte Präventionsarbeit eine hohe Gefahr der Stigmatisierung von muslimischen (und als solcher markierter) Jugendlichen, wenn diese lediglich im Kontext von (vermeintlichen und mitunter nicht klar bestimmten) Gefährdungspotentialen adressiert werden.

Behörden, Politik und Zivilgesellschaft sollten sich daher über die langfristigen Folgen präventiven Handelns im Klaren sein und auch möglicherweise un intendierte Nebenwirkungen bedenken und abwägen. Als Stichwort sei hier auch das Szenario der sogenannten ›Versicherheitlichung‹ der Zivilgesellschaft erwähnt. Grob zusammengefasst kritisiert dieses Konzept die Vermischung der Rollen von Staat (als Träger von repressiven und exekutiven Aufgaben) und der Zivilgesellschaft (als Träger der politischen Bildungsarbeit, von pädagogischen Projekten oder von psychosozialen Beratungsangeboten). Hierin spielt auch neues Konkurrenzverhältnis zwischen Präventionsprojekten, die im Moment einer komfortablen Fördersituation gegenüberstehen und Projekten der ›normalen‹ Jugendarbeit oder politischen Bildungsarbeit, ohne Sicherheits- bzw. Präventionsbezug, deren Finanzierung mitunter als prekär zu bezeichnen ist.

Angesichts des noch immer bestehenden Sicherheitsrisikos in Deutschland, außenpolitischer Krisen und zunehmender ge-

sellschaftlicher Polarisierung wird uns das Problem des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen wohl noch auf unbestimmte Zeit beschäftigen. Die bereits aufgebauten Strukturen und gewonnen Erkenntnisse zeigen, dass das Engagement gegen religiös begründeten Extremismus (sowie gegen jede andere Form des Extremismus) zunehmend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird.

Als selbstverständliche gesellschaftliche Akteure leisten auch islamische und migrantische Verbände einen wichtigen Teil in der präventiv-pädagogischen Jugendarbeit. Dieser gesellschaftliche Auftrag ergibt sich nicht aus einer besonderen Verantwortung, sondern vielmehr aufgrund ihrer besonderen Kompetenzen und Kenntnisse unaufgeregte, religionsensible und akzeptiertere Präventionsmaßnahmen nachhaltig umsetzen zu können – und damit die Präventionsarbeit um entscheidende Perspektiven und zielgruppenorientierte Angebote zu bereichern.

Diese geteilte Überzeugung und Anstrengung, sich gemeinsam gegen jede Form der Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit einzusetzen ist gerade in heutigen Zeiten ein wichtiges Signal der Entschlossenheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

## Weiterführende Literatur

### ISLAM UND MUSLIME IN DEUTSCHLAND

- Mathias Rohe (2018): **Der Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme**, München: Verlag C.H. Beck
- Schirin Amir-Moazami (2018): **Der inspizierte Muslim: Zur Politisierung der Islamforschung in Europa**, Bielefeld: transcript
- Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs (2009): **Muslimisches Leben in Deutschland**, Nürnberg: BAMF
- Riem Spielhaus (2011): **Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung**. Würzburg: Ergon Verlag

### PRÄVENTIONSANSÄTZE

- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (2011): **Ordnung, Macht, Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells**, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Hans-Gerd Jaschke (1987): **Streitbare Demokratie und innere Sicherheit: Grundlangen, Praxis und Kritik**, Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH
- Stephan Braun und Daniel Hörsch (2004): **Rechte Netzwerke – eine Gefahr**, Wiesbaden: VS Verlag
- Ralf Altenhof, Sarah Bunk et al. (2017): **Politischer Extremismus im Vergleich**, Münster: LIT-Verlag
- Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, et al. (2011): **Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention**. In: DJI Impulse Nr. 94, 2/2011: Mythos Prävention.

### PRÄVENTION VON RELIGIÖS BEGRÜNDETEM EXTREMISMUS UNTER MUSLIMEN

- Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe »Präventionsarbeit mit Jugendlichen«** (2011), [online] [www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/Zwischenbericht%20AG%20Praevention-2011.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/Zwischenbericht%20AG%20Praevention-2011.pdf?__blob=publicationFile), [13.12.2018]
- Rauf Ceylan und Michael Kiefer (2018): **Radikalisierungsprävention in der Praxis: Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus**, Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michael Kiefer, et al. (2018): **»Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen«: Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe**, Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Sindyayn Qasem und Götz Nordbruch (2016): **Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online**, [online] [www.ufuq.de/was-postest-du-politische-bildung-mit-jungen-muslim\\_innen-online/](http://www.ufuq.de/was-postest-du-politische-bildung-mit-jungen-muslim_innen-online/) [13.12.2018]
- Bundeskriminalamt (2016): **Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgeweiht sind**. Zweite Fortschreibung 2016. [online] [www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2016AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html](http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2016AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html) [13.12.2018]

## Impressum

**HERAUSGEBER** Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.  
Obentrautstraße 72  
10963 Berlin  
[www.tgd.de / info@tgd.de](http://www.tgd.de/info@tgd.de)  
&  
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.  
Stauffenbergstr. 13 – 14  
10785 Berlin  
[www.gegen-vergessen.de / info@gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de/info@gegen-vergessen.de)

**AUTOREN** Ramzi Ghandour, Amir Alexander Fahim

**GESTALTUNG** Jan Henrik Arnold, Henry Hajdu

**LEKTORAT** Ines Eifler

**V.I.S.D.P.** Gökay Sofuoğlu, Atilla Karabörklü

**ISBN** 978-3-9820589-0-0

© Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.  
& Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert  
durch die



Bundeszentrale für  
politische Bildung

**Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.** ist ein säkularer Dachverband, der sich als Teil der Menschenrechts- und Demokratiebewegung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen einsetzt. Die TGD wurde 1995 gegründet, um sich für die Interessen von türkeistämmigen Menschen in Deutschland einzusetzen. In den letzten Jahren hat die TGD eine multi-ethnische Perspektive eingenommen. Im Fokus stehen die Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft und das Engagement gegen rassistische und diskriminierende Strukturen jedweder Art.

**Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.** verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für Demokratie. Themen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Mehr als 2 000 Mitglieder in 40 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich rund 500 Veranstaltungen auf die Beine.



*Türkische Gemeinde in Deutschland  
Almanya Türk Toplum*



**Gegen Vergessen  
Für Demokratie e.V.**